

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung mit Antwort

Anfrage des Abgeordneten Thomas Adasch (CDU), eingegangen am 23.04.2014

Linksterroristische Bestrebungen auch in Niedersachsen?

In dem Zeitungsartikel „Verfassungsschutz warnt vor Linksterrorismus in Hamburg“, erschienen am 11. Februar 2014 im *Hamburger Abendblatt*, führt der Präsident des dortigen Landesamts für Verfassungsschutz, Manfred Murck, aus, dass die in der Vergangenheit in Hamburg registrierten Taten mit linksextremistischem Hintergrund „an der Schwelle zur terroristischen Gewalt“ lägen. Es sei zudem eine erhöhte Gewaltbereitschaft rund um die Demonstrationen zum Erhalt der Roten Flora zu erkennen. Eine besondere Gefahr stelle die Radikalisierung einzelner Kleingruppen dar.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

I. Allgemeine Erkenntnisse über linksextremistische Bestrebungen in Niedersachsen

1. Welche linksextremen Parteien, Vereine oder Organisationen existieren in Niedersachsen? Wo haben diese jeweils ihren Sitz?
2. Welche Organisationsstruktur weisen die linksextremen Parteien, Vereine oder sonstigen Organisationen auf?
3. Wie setzt sich die Finanzierung der linksextremen Parteien, Vereine oder sonstigen Organisationen zusammen, und wie hoch ist das Spendenaufkommen?
4. Wie ist die Mitgliederentwicklung der jeweiligen linksextremen Parteien, Vereine oder sonstigen Organisationen seit dem Jahr 2000, aufgeschlüsselt nach kreisfreien Städten, Landkreisen und ihren Mitgliedsgemeinden sowie nach Altersgruppen und Geschlecht?
5. Welche Motive sind der Landesregierung für eine Zugehörigkeit zu linksextremistischen Zusammenschlüssen bekannt?
6. Wo fanden seit dem Jahr 2000 linksextreme Demonstrationen statt? Wie viele Personen haben jeweils daran teilgenommen?
7. Zu welchen Anlässen bzw. aus welchem Grund fanden diese statt? Unter welchem Titel erfolgte jeweils die Anmeldung bei den zuständigen Behörden?
8. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu Verbindungen und Kontakten niedersächsischer Linksextremisten zur gewaltorientierten linksextremen Szene in Hamburg vor?

II. Das Verhältnis linksextremistischer Bestrebungen zur Anwendung von Gewalt

9. Wie bewertet die Landesregierung die Programme und Einstellungen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der jeweiligen linksextremen Parteien, Vereine oder Organisationen?
10. Wie bewertet die Landesregierung den Verein „Rote Hilfe“?
11. Wie beurteilt die Landesregierung die Gefahren für die Gesellschaft und insbesondere für Jugendliche, die vom linksextremen Spektrum ausgehen?
12. Welche und wie viele Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund wurden seit dem Jahr 2000 registriert, aufgeschlüsselt nach kreisfreien Städten, Landkreisen und ihren Mitgliedsgemeinden?
13. Welche Personenschäden und welche Sachschäden sind bei diesen Straftaten entstanden?
14. Wie viele Gewaltdelikte von Linksextremisten gab es seit dem Jahr 2000?

15. Wie viele Polizeibeamte waren von linksextremistischer Gewalt betroffen?
16. In wie vielen Fällen kam es zu einer Anzeige und Verurteilung?
17. Wie viele der verurteilten Straftäter waren mit welchem Strafmaß bereits zuvor wegen einer linksextremistisch motivierten Straftat rechtskräftig verurteilt worden?
18. Bei welchen Demonstrationen kam es seit dem Jahr 2000 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, mit Unbeteiligten oder mit Gegendemonstranten? Zu wie vielen Festnahmen ist es dabei gekommen?
19. Wie intensiv war jeweils der polizeiliche Einsatz in personeller und sachlicher Hinsicht?
20. Wie hoch waren jeweils die Kosten für den Polizeieinsatz und für sonstige Sicherheitsmaßnahmen?
21. Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung vor, um präventiv gegen Linksextremisten tätig zu werden?
22. Verfolgen die niedersächsischen Sicherheitsbehörden länderübergreifende Bekämpfungskonzepte, beispielsweise in Zusammenarbeit mit den Hamburger Behörden, um der Gefahr eines vernetzten überregionalen Zusammenwirkens militanter Linksextremisten zielgerichtet entgegenzuwirken?

III. Sind die Aktivitäten linksextremistischer Bestrebungen als terroristisch zu bezeichnen?

23. Gibt es nach Ansicht der Landesregierung auch in Niedersachsen gerade vor dem Hintergrund der versuchten Anschläge in Göttingen eine reale Gefahr durch militante linksextreme Kleingruppen an der Schwelle zur terroristischen Gewalt?
24. Wenn nein, inwiefern unterscheiden sich die Gefährdungslagen in Niedersachsen und Hamburg? Welche Kriterien zieht die Landesregierung als Bewertungsmaßstab heran?
25. Wie beurteilt die Landesregierung die stetig zunehmende Gewaltbereitschaft von Anhängern linksextremistischer Bestrebungen?
26. Wie beurteilt die Landesregierung die Gefahr, die von radikalisierten Kleingruppen des linken Spektrums ausgeht?
27. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um insbesondere gegen radikalisierte Kleingruppen des linken Spektrums vorzugehen?
28. In einer Plenarrede im Dezember 2013 hat Innenminister Pistorius ausgeführt, dass gegenwärtig keine Anhaltspunkte für gezielte Anschläge auf das Leben von Personen bekannt seien. Hält der Innenminister vor dem Hintergrund aktueller Straftaten, wie der nächtlichen Verübung eines Brandanschlags auf ein Verbindungshaus in Göttingen, in dem sich zu diesem Zeitpunkt Studenten aufhielten, und deren Schädigung von Leib und Leben billigend in Kauf genommen wurde, weiterhin an dieser Aussage fest und, wenn ja, warum?

(An die Staatskanzlei übersandt am 30.04.2014 - II/725 - 702)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- 52.10-01425 -

Hannover, den 14.08.2014

Der Extremismus in jeglicher Form stellt die Gesellschaft, die Sicherheitsbehörden sowie den Staat allgemein vor große Herausforderungen. Das gilt auch für den Linksextremismus.

Um jedoch von Linksterrorismus sprechen zu können, müssen bestimmte Kriterien erfüllt sein. Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern verstehen unter Terrorismus einen „nachhaltig geführte[n] Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. 1 StGB genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.“¹ Dafür bedarf es bestimmter Voraussetzungen wie eines hohen Organisationsgrades, entsprechender Strukturen und klarer ideologischer Zielsetzungen.

Das Strafgesetzbuch definiert die Deliktsqualität Terrorismus über die Tatbestände der §§ 129 a und 129 b StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen, kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland). Im bundeseinheitlichen Kriminalpolizeilichen Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität werden darüber hinaus schwerwiegende politisch motivierte Gewaltdelikte (Katalogtaten des § 129 a StGB) als Terrorismus angesehen, die im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes planmäßig begangen werden, in der Regel durch arbeitsteilig organisierte und verdeckt operierende Gruppen.

Nach übereinstimmender Bewertung der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern erreicht die linksextremistische Gewalt derzeit keine terroristische Dimension. Es hat in den letzten Jahren in Niedersachsen kein einziges Delikt gegeben, das in diesem Sinne als „terroristisch“ zu klassifizieren wäre.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1 bis 4:

Gemäß § 3 Abs. 4 NVerfSchG klärt der Niedersächsische Verfassungsschutz die Öffentlichkeit auf der Grundlage seiner Auswertungsergebnisse durch zusammenfassende Berichte und andere Maßnahmen über verfassungsfeindliche Bestrebungen und sicherheitsgefährdende bzw. geheimdienstliche Tätigkeiten auf. Zu den zusammenfassenden Berichten zählt neben den monatlichen Informationen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes insbesondere der jährliche Verfassungsschutzbericht. Sie informieren die interessierte Öffentlichkeit über die wesentlichen Ergebnisse seiner Arbeit und dienen somit der Unterrichtung und Aufklärung der Öffentlichkeit über verfassungsschutzrelevante Bestrebungen.

Der Verfassungsschutzbericht führt die relevanten extremistischen Parteien, Vereine und Organisationen sowie deren Sitz auf, soweit diese Informationen bekannt und öffentlich verwertbar sind und auch nicht die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes offenlegen.

Ausweislich der Berichte des Niedersächsischen Verfassungsschutzes gibt es in Niedersachsen mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) und mit der zwischen 2003 und 2013 in ihrer Gesamtheit, davor und danach in Teilen vom Niedersächsischen Verfassungsschutz beobachteten Partei DIE LINKE. bzw. ihrer Vorgängerparteien, die Linkspartei.PDS und die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), drei Parteien mit einem linksextremistischen Hintergrund, die ihren niedersächsischen Sitz in Hannover haben. Für diese Parteien ergeben sich folgende Mitgliederzahlen:

Zwischen 2000 und 2005 stagnierte die Mitgliederzahl der DKP bei 400, 2006 ging sie auf 380 zurück und stagnierte bis einschließlich 2009 auf diesem Level. 2010 sank die Mitgliederzahl erneut, diesmal auf 370. Seitdem verharrt sie in etwa in dieser Größenordnung.

Die Mitgliederzahlen der MLPD stagnierten zwischen 2000 und 2005 bei 25, sanken dann 2006 auf 15 und verharren seitdem in etwa in dieser Größenordnung.

Die Mitgliederzahlen der PDS stiegen von 700 in 2003 über 725 in 2004 auf 875 im Jahr 2005. 2006 gingen sie dann auf 725 zurück, um nach der erfolgreichen Fusion zwischen der PDS und der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) zur Partei DIE LINKE. im Jahr 2007 auf 2500 anzusteigen. 2008 erhöhten sich die Mitgliederzahlen dann auf 2 864, 2009 auf 3 180 und erreichten 2010 mit 3 259 Mitgliedern ihren Höhepunkt. 2011 ging die Mitgliederzahl auf 3 139 und 2012 auf 2 944 zurück.

¹ Glossar der Verfassungsschutzbehörden vom Dezember 2009, <http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/Glossar.pdf> (gelesen am 10. Februar 2013).

Im Gegensatz zu dem in Parteien und Vereinen organisierten Linksextremismus verstehen sich Autonome grundsätzlich als organisations- und hierarchiefeindlich. Sie lehnen bislang überwiegend feste Strukturen sowie jegliche Form von Hierarchien ab und finden sich aktionsbezogen zusammen. Die Existenz autonomer Gruppierungen ist primär an bestimmte Themenfelder wie den Antifaschismus bzw. an bestimmte Aktionen gebunden und daher oftmals auch nur kurzzeitig. Aus diesem Grunde führt der Niedersächsische Verfassungsschutz keine Listen oder Statistiken, beispielsweise zur Struktur, zur Mitgliederentwicklung, zum Sitz oder zur Finanzierung autonomer Gruppierungen. Eine zur Beantwortung der Frage erforderliche händische Einzelauswertung aller Materialien zu linksextremistischen Bestrebungen für den Zeitraum von 2000 bis 2013 ist in einem zeitlich vertretbaren Rahmen fachlich nicht durchführbar.

Ausweislich der Berichte des Niedersächsischen Verfassungsschutzes liegen die niedersächsischen autonomen Schwerpunkte in Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück. Vor allem Göttinger Gruppierungen wie die Antifaschistische Linke International (A.L.I.) und die Redical [M], aber auch Hannoveraner Gruppierungen wie AVANTI - Projekt undogmatische Linke (AVANTI), die Rote Aktion Kornstraße (RAK) und die Antifaschistischen Aktion Hannover [AAH] gehören zu den aktivsten autonomen Gruppierungen in Niedersachsen. Sie bewegen sich vor allem in den linksextremistischen Themenfeldern Antifaschismus, Antirassismus, Antirepression und Antimilitarismus. Zudem gibt es in den oben aufgeführten Städten sogenannte Autonome Zentren. Dabei handelt es sich um selbstverwaltete und unabhängige kulturelle und soziopolitische Einrichtungen. Sie sind in erster Linie Versammlungs- und Veranstaltungszentren und dienen Linksextremisten als Rückzugsräume zur Planung politischer Agitation und (gewalttätiger) Aktionen. Oftmals sind sie aber auch Teil öffentlicher Einrichtungen beispielsweise der Jugendarbeit, die nicht nur von Linksextremisten, sondern auch von demokratischen Organisationen und Einzelpersonen genutzt werden.

Im Übrigen wird auf die Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre verwiesen.

Zu 5:

Im Gegensatz beispielsweise zum Rechtsextremismus existieren bundesweit bislang aber keine grundlegend aussagefähigen sozialwissenschaftlichen Studien zum Linksextremismus, mit deren Hilfe sich die Motivlage für eine Zugehörigkeit zu linksextremistischen Zusammenschlüssen umfassend beurteilen ließe. Die Verfassungsschutzbehörden sind daher in erster Linie auf das Erfahrungswissen ihrer Mitarbeiter angewiesen, wenn es darum geht, Antworten auf Fragen beispielsweise nach den Ursachen für den Ein- oder Ausstieg aus der linksextremistischen Szene zu finden.

Aus diesem Grunde wird nach Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) auf ihrer letzten Sitzung im Juni 2014 konkret im Verfassungsschutzverbund geprüft, eine sozialwissenschaftliche Studie durch eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung durchführen zu lassen, die die Einstellungen zum Linksextremismus und zu entsprechend motivierten Straftaten erhebt und analysiert. Diese Studie soll auch genauere Erkenntnisse über das Umfeld des gewaltbereiten Linksextremismus und mögliche Radikalisierungsprozesse gewinnen.

Zu 6 und 7:

Erkenntnisse in auswertbarer Form über linksextreme Demonstrationen in Niedersachsen seit dem Jahr 2000 liegen dem Ministerium für Inneres und Sport nicht vor. In den polizeilichen Auskunftssystemen wird bei der Erfassung von Demonstrationen keine Unterscheidung anhand der Extremismusdefinition vorgenommen. Dementsprechend kann auch keine Selektion zur Anzahl teilnehmender Personen, den Anlässen sowie den Titeln der jeweiligen Anmeldung linksextremistischer Demonstrationen erfolgen.

Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass Linksextremisten oftmals darauf verzichten, Demonstrationen anzuzeigen, sondern Spontanversammlungen durchführen oder an Versammlungen des bürgerlichen Spektrums teilnehmen, sodass auch eine manuelle, arbeitsintensive Auswertung der Aktenbestände der Versammlungsbehörden keine vollständige Datenbasis erzielen würde.

Eine Auflistung versammlungsrechtlicher Aktionen, bei denen es zu Gewalttätigkeiten vonseiten der linksextremistischen Szene gekommen ist, ist unter Frage 18 abgebildet.

Zu 8:

Linksextremisten verhalten sich in der Regel konspirativ und versuchen, die Anonymität zu wahren. Daher liegen der Landesregierung keine konkreten Erkenntnisse über die Art und den Umfang von Verbindungen sowie Kontakten niedersächsischer Linksextremisten zur gewaltorientierten linksextremistischen Szene in Hamburg vor.

Der Autonomen Szene in Hamburg kommt von ihrem Personenpotenzial und ihrer Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit bundesweit - neben Berlin - eine herausgehobene Stellung zu. Durch diese markante Positionierung ergeben sich zwangsläufig auch Verbindungen zu (gewaltorientierten) Linksextremisten in den benachbarten Bundesländern, so auch nach Niedersachsen.

Im Allgemeinen gestalten sich Kontakte niedersächsischer Linksextremisten zur gewaltorientierten linksextremistischen Szene in Hamburg in der Art, dass es zu Beteiligungen an entsprechenden Demonstrationen im jeweils anderen Bundesland kommt. Dazu finden zur Mobilisierung im Vorfeld Informations- sowie Vorbereitungsveranstaltungen im jeweils anderen Bundesland statt, bei denen, zum Teil durch Referenten des anderen Bundeslandes, für die Teilnahme an diesen Demonstrationen geworben wird. Dieses Vorgehen erfolgte zurückliegend insbesondere bei Demonstrationen mit einem großen Teilnehmerfeld.

Zu 9:

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 1 bis 4 sowie die Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre verwiesen.

Zu 10:

Die Rote Hilfe e. V. (RH) definiert sich in ihrer Satzung als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“. In der Konfrontation zwischen „repressivem“ Staat und „Opposition“ sieht sie ihren Platz an der Seite der von staatlichen Maßnahmen Betroffenen. Sie gewährt Szeneangehörigen Rechtshilfe, vermittelt Anwälte und leistet Beihilfe zu Prozesskosten und Geldstrafen. Dabei versteht sie sich selbst nicht als wohlwältige Rechtsschutzversicherung für Betroffene staatlicher Repression, sondern erhebt den Anspruch, eine „Selbsthilfeorganisation für die gesamte Linke“ zu sein.

Darüber hinaus betreut die RH im Falle der Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe die sogenannten politischen Gefangenen, um den Zusammenhalt der Häftlinge mit der linksextremistischen Szene zu bewahren. Strafandrohungen sollen im Vertrauen auf eine leistungsfähige Solidaritätsorganisation ihren abschreckenden Charakter verlieren. Die entstehenden Kosten werden durch Einnahmen gedeckt, die überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen und Spendengeldern erzielt werden.

Des Weiteren organisiert sie Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu den Themen „Rechtshilfe“ und „staatliche Repression“, gibt entsprechende Schriften heraus und beteiligt sich an Demonstrationen.

Im Übrigen wird auf die Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre verwiesen.

Zu 11:

Die Landesregierung nimmt die Bedrohungsszenarien durch das linksextremistische Spektrum für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung sehr ernst. Sie setzt zu deren Schutz nicht nur auf die staatlichen Sicherheitsorgane, sondern auch auf die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen. Einen besonderen Stellenwert nehmen in diesem Zusammenhang auch speziell auf Heranwachsende zugeschnittene Informationsveranstaltungen ein. Um diese zu entwickeln und umzusetzen, hat die Landesregierung die Präventionsbereiche ihrer Sicherheitsbehörden neu aufgestellt. So wurde im LKA eine Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität (Präventionsstelle PMK) geschaffen, während im Niedersächsischen Verfassungsschutz ein Teilreferat „Prävention“ unter maßgeblicher Beteiligung von Sozialwissenschaftlern des Hauses neu eingerichtet wurde. Zusammen mit dem Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit konzipiert und realisiert dieses Teilreferat entsprechende Projekte.

Zu 12:

Nach einem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder wurde bundesweit im Jahr 2001 ein einheitlicher Kriminalpolizeilicher Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) eingeführt, um eine bundeseinheitliche und differenzierte Auswertung und Lagedarstellung zu ermöglichen. Die PMK wird in den folgenden voneinander unabhängigen Dimensionen abgebildet:

- Deliktsqualität,
- Themenfeld,
- Phänomenbereich,
- Internationale Bezüge,
- Extremistische Kriminalität.

Die Deliktsqualität unterscheidet

- Propagandadelikte (§§ 86 und 86 a StGB),
- Politisch motivierte Kriminalität (sonstige Delikte ohne Propagandadelikte),
- Politisch motivierte Gewaltkriminalität (Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstands- und Sexualdelikte) sowie
- Terrorismusdelikte (§§ 129 a, 129 b StGB sowie schwerwiegende politisch motivierte Gewaltdelikte (Katalogtaten des § 129 a StGB) sowie Straftaten der §§ 89 a, 89 b, 91 StGB, die im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes planmäßig begangen werden, in der Regel durch arbeitsteilig organisierte und verdeckt operierende Gruppen.

Die extremistische Kriminalität bildet einen Teilbereich der Politisch motivierten Kriminalität ab und umfasst Straftaten, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie u. a. gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Die Einstufung der Taten als extremistisch erfolgt auf Basis des Extremismusbegriffs der Verfassungsschutzbehörden durch die polizeilichen Staatsschutzdienststellen. Die endgültige Bewertung obliegt dem Verfassungsschutz Niedersachsen.

Eine Erhebung für das Jahr 2000 war nicht möglich, da das polizeiliche Vorgangsbearbeitungssystem (VBS) NIVADIS sowie das „Auswertungsprogramm Polizeilicher Staatsschutz“ (APS), in dem zu Auswertezwecken politisch motivierte Straftaten gespeichert wurden, technisch bedingt Recherchen erst ab dem Jahr 2001 zulassen.

Die Erhebung der nachfolgenden Daten erfolgte mit Stand vom 31.01.2014 im eingefrorenen Datenbestand des Dateisystems APS für den Zeitraum 01.01.2001 bis 31.12.2013. Der Stichtag 31. Januar wird bundeseinheitlich zur Erfassung der Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität gewählt.

Insgesamt wurden 6 842 Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund im Dateisystem APS für den Betrachtungszeitraum 01.01.2001 bis 31.12.2013 registriert. Diese wurden in der **Anlage**² aufgeschlüsselt nach der jeweils vorhandenen Deliktsqualität (Propaganda-, Gewalt-, Terrorismusdelikte sowie sonstige politisch motivierte Kriminalität) und nach Landkreisen und kreisfreien Städten abgebildet. Eine Darstellung der linksextremistischen Straftaten im Land Niedersachsen ab dem Jahr 2001 aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Mitgliedsgemeinden war aus technischen Gründen nicht möglich.

Zu 13:

Für den genannten Zeitraum wurden in Niedersachsen bei linksextremistischen Straftaten Sachschäden z. N. von natürlichen Personen in einer Höhe von 3 309 333,50 Euro, Sachschäden z. N. von juristischen Personen in einer Höhe von 6 017 757,18 Euro registriert.

² Aus technischen Gründen (Umfang) ist die Anlage nicht abgedruckt, sondern nur im Internet und im Intranet einsehbar.

Bei Personenschäden sind 638 Verletzte und zwei Getötete zu verzeichnen.

Zu 14:

Hinsichtlich der Datenerhebung wird auf Frage 12 verwiesen.

In dem Betrachtungszeitraum von 2001 bis 2013 wurden 1 761 linksextremistische Gewaltdelikte registriert (s. a. Anlage).

Zu 15:

Hinsichtlich der Datenerhebung wird auf Frage 12 verwiesen.

Eine Aussage darüber, wie viele Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte von linksextremistischen Gewaltdelikten betroffen waren, ist nicht möglich, da im APS in den anonymisierten Opferdaten die Rolle „Polizeibeamter“ nicht erfasst wird.

In der Kategorie „Verletzte Polizeibeamte“ wurden im Betrachtungszeitraum vom 01.01.2001 bis zum 31.12.2013 insgesamt 278 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte registriert. Allerdings war eine weitaus höhere, nicht bezifferbare Zahl Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte von extremistischer Gewalt betroffen. Dies beruht darauf, dass nicht zwangsläufig alle Gewaltdelikte zu Verletzungen führen, beispielsweise bei Landfriedensbruch durch Steinwürfe, die ihr Ziel verfehlen, oder Schlägen gegen den Einsatzhelm. Statistiken über die Anzahl betroffener Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamter bei unfriedlichen Demonstrationen usw. werden nicht geführt.

Zu 16 und 17:

Nach Mitteilung des Justizministeriums werden justizielle Statistiken zu Verurteilungen wegen linksextremistischer bzw. linksextremistisch motivierter Straftaten nicht geführt. In den Statistiken werden auch nicht unter dem Oberbegriff „Gewaltdelikte“ bestimmte Straftaten erfasst, sondern z. B. Verurteilungen hinsichtlich bestimmter Straftatbestände, wie z. B. vorsätzliche Körperverletzung, erhoben. Die justiziellen Statistiken weisen ferner weder den Beruf einer beschuldigten oder abgeurteilten Person noch den Beruf einer geschädigten Person aus.

Daher können keine Angaben dazu gemacht werden, in wie vielen Fällen, in denen Polizeibeamte von linksextremistischer Gewalt betroffen waren, es zu einer Verurteilung gekommen ist. Entsprechend ist auch keine Auskunft darüber möglich, wie viele der verurteilten Straftäter bereits zuvor wegen einer linksextremistisch motivierten Straftat rechtskräftig verurteilt worden sind. Eine händische Einzelauswertung der Staatsanwaltschaften aller infrage kommenden Straftaten für den gesamten Zeitraum von 2000 bis 2013 war in einem vertretbaren Rahmen nicht möglich.

Zu 18 bis 20:

Zur Beantwortung der Fragestellungen, bei welchen versammlungsrechtlichen Aktionen es zu Gewalttätigkeiten vonseiten der linksextremistischen Szene gekommen ist, wurde die elektronische Recherche in den polizeilich genutzten EDV-Systemen und die erforderliche Auswertung vornehmlich nach den Straftaten und Begriffen wie u. a. Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand durchgeführt sowie ergänzt durch die händische Recherche der entsprechend nachgewiesenen Papierakten.

Gemäß Nr. 9.2 der Aktenordnung und des Aktenplans für die Niedersächsische Landesverwaltung beträgt die Aufbewahrungsfrist für Akten, Bände oder Vorgänge 15 Jahre. Sie kann bis auf fünf Jahre verkürzt werden, soweit dies nach der Bedeutung des Akteninhaltes ausreichend ist. Vor diesem Hintergrund und abgesehen vom hohen Aufwand für die Recherche erhebt die u. a. Aufstellung nicht zuletzt vor dem Hintergrund des ausgedehnten Abfragezeitraumes und der damit einhergehenden Vielzahl an Datensätzen keinen Anspruch auf Vollständigkeit und hundertprozentige Validität.

Zur Beantwortung der Fragen wurden die in der Tabelle aufgeführten Daten durch die Polizeidirektionen Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück recherchiert und zugeliefert. Dies bezieht sich auch auf die Angaben zu den Gesamteinsatzkosten.

Zur Ermittlung der Einsatzkosten wurde der Vollkostenansatz gemäß Erlass des MF, 19.5.2010 - K 2004/41/3412, zugrunde gelegt. Kalkulatorisch beträgt dieser Vollkostensatz 56 Euro pro Beam-

tin/Beamten je Stunde. Die Höhe der angefallenen Sachkosten, z. B. Kosten für den Einsatz von Führungs- und Einsatzmitteln, Versorgung, Entsorgung etc., sowie der an polizeilichen Führungs- und Einsatzmitteln entstandenen Schäden ist mit einem Durchschnittsansatz in diesem Vollkostensatz enthalten. Bei entsprechender Datengrundlage wurden darüber hinaus die Erstattungen an andere Bundesländer mit ausgewiesen. Vor diesem Hintergrund stellen die dargestellten Einsatzkosten einen Näherungswert dar.

Der Begriff „Gewalt“ bzw. „Gewalttätigkeit“ wurde weit ausgelegt und umfasst neben dem Bewurf mit Steinen, Flaschenwürfen sowie anderen Gegenständen u. a. auch das Zünden von Pyrotechnik, Gefangenenbefreiung, Beleidigungen, Faustschläge, Blockbildung mit Vermummung, Durchbrechen von polizeilichen Absperrungen sowie sonstige Widerstandshandlungen jeweils zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und -beamten. Darüber hinaus kam es im Rahmen der aufgeführten Versammlungslagen teilweise auch zu gewalttätigen Übergriffen auf Gegendemonstranten sowie unbeteiligte Personen.

Bei den dargestellten Zahlen zu Festnahmen nach der Strafprozessordnung handelt es sich um Gesamtzahlen. Von diesen Festnahmen können sowohl Personen aus der linksextremistischen Szene als auch andere Personen betroffen sein.

Die u. a. Tabelle enthält eine strukturierte Abbildung der in dem Anfragezeitraum polizeilich bekannt gewordenen versammlungsrechtlichen Aktionen, bei denen es zu Gewalttätigkeiten vonseiten der linksextremistischen Szene gekommen ist. Der Anlass wurde nur auszugsweise dargestellt.

Datum	Ort	Anlass	Festnahmen nach StPO	Kräfte	Gesamtkosten des Einsatzes (gerundet) in Euro
18.06.05	Braunschweig	NPD Aufzug mit Kundgebungen, diverse Gegendemonstrationen	9	2 876	1 932 672
19.05.07	Wolfsburg	Flugblattverteilung rechte Szene mit Störungen durch linke Szene	0	318	183 008
06.10.07	Salzgitter	Versammlung „Freie Patrioten Nds.“	0	587	363 496
24.04.09	Braunschweig	Gentechnik Gegner besetzen Feld des von Thünen Instituts	0	60	23 850
09.07.09	Braunschweig	Kundgebung der autonomen Szene gegen einen Vortrag der FPOE-Politikerin Barbara Rosenkranz bei der Burschenschaft Thuringia	0	39	5 167
12.05.11	Braunschweig	Aufzug mit Kundgebungen, Anmelde Die Linke - Gegen Rechte Hooliganstrukturen und Naziaufmarsch am 4. Juni 2011 verhindern	0	40	2 772
04.06.11	Braunschweig	Veranstaltung der rechten Szene „Tag der Deutschen Zukunft“	4	5 042	Sachkosten einschl. Personalkosten anderer Länder: 1 699 508 Personalkosten Niedersachsen: 1 447 719
04.06.11	Peine	Folgeveranstaltung der rechten Szene „Tag der Deutschen Zukunft“	12		
21.10.11	Braunschweig	Versammlung mit Aufzug, auswärtiger Anmelder, Motto: „Gegen soziale Ausgrenzung“ im Zusammenhang mit dem Bundeskongress der Jungen Union	0	85	15 232
12.07.12	Wolfsburg	NPD „Sommertour“	0	148	33 152
09.08.12	Braunschweig	Kundgebung der NPD i. R. der „Sommer-Tour 2012“ mit Gegenversammlungen	0	141	55 272
01.06.13	Wolfsburg	Veranstaltung der rechten Szene „Tag der Deutschen Zukunft“	11	3 048	Sachkosten einschl. Personalkosten anderer Länder: 642 258 Personalkosten Niedersachsen: 1 424 427

Datum	Ort	Anlass	Festnahmen nach StPO	Kräfte	Gesamtkosten des Einsatzes (gerundet) in Euro
12.09.13	Braunschweig	Drei Wahlveranstaltungen BI „pro Deutschland“ mit diversen Gegenveranstaltungen	0	269	150 080
16.09.13	Braunschweig	Wahlveranstaltung NPD und Gegenversammlung des Bündnisses gegen Rechts	2	161	58 128
10.05.14	Wolfsburg	Wahlkampfstand NPD - Spontandemo links	0	38	21 280
29.10.05	Göttingen	Einsatz der PD Göttingen aus Anlass eines Aufzug der NPD mit Gegenveranstaltungen in Göttingen	6	4 040	2 714 880
13.05.06	Göttingen	Einsatz der PD Göttingen aus Anlass versammlungsrechtlicher Aktionen der Rechten Szene mit Gegendemonstrationen in Göttingen	0	6 195	4 163 040
29.07.06	Nienburg	Veranstaltung der rechten Szene „Trauermarsch Bad Nenndorf“	0	927	337 428
28.10.06	Göttingen	Einsatz der PD Göttingen aus Anlass versammlungsrechtlicher Aktionen der Rechten Szene mit Gegendemonstrationen in Göttingen	8	6 049	4 064 928
24.02.07	Hildesheim	Versammlungsrechtliche Aktion der Rechten Szene „gegen Repression und Polizeiwilkkür in Hildesheim“	1	1 804	1 111 264
28.07.07	Nienburg	Veranstaltung der rechten Szene „Trauermarsch Bad Nenndorf“	6	950	558 600
13.10.07	Hildesheim	Versammlungsrechtliche Aktion der Rechten Szene „gegen Multi Kulti und Ausländergewalt“ in Hildesheim	1	1 702	1 048 432
19.01.08	Northeim	Versammlung NPD Bad Lauterberg	14	970	597 520
02.08.08	Nienburg	Veranstaltung der rechten Szene „Trauermarsch Bad Nenndorf“	0	1 007	620 312
01.08.09	Nienburg	Veranstaltung der rechten Szene „Trauermarsch Bad Nenndorf“	0	1 746	1 173 312
14.11.09	Göttingen	Demonstration Todestag Conny W. in Göttingen	0	213	95 424
27.01.10	Göttingen	Durchsuchung Rote Straße in Göttingen	0	176	83 776
30.01.10	Göttingen	Demonstration „Für antirassistische Praxis und gegen staatliche Repressionen“	0	682	267 344
05.06.10	Hildesheim	Veranstaltung der rechten Szene „Tag der Deutschen Zukunft“	4	2 109	1 299 144
14.08.10	Nienburg	Veranstaltung der rechten Szene „Trauermarsch Bad Nenndorf“	4	1 989	1 336 608
22.05.11	Northeim	Landesparteitag der NPD in Northeim	0	1 826	805 280
28.01.11	Göttingen	Spontandemo nach DNA-Abgabe in Göttingen	0	143	24 024
11.06.11	Northeim	Kundgebung der NPD in Northeim	0	1 020	403 200
06.08.11	Nienburg	Veranstaltung der rechten Szene „Trauermarsch Bad Nenndorf“	1	1 901	1 011 304
13.07.12	Göttingen	Unterzeichnung Zukunftsvertrag in Göttingen	0	111	24 864
04.08.12	Nienburg	Veranstaltung der rechten Szene „Trauermarsch Bad Nenndorf“	1	1 878	941 052
17.01.13	Göttingen	Räumung Geiststr. Göttingen	0	98	46 648
09.02.13	Göttingen	GöBIT Bundeswehrstand, Trauer- und Protestmarsch in Göttingen	0	85	21 868
03.08.13	Nienburg	Veranstaltung der rechten Szene „Trauermarsch Bad Nenndorf“	8	1 765	1 180 256
10.08.13	Göttingen	Wahlveranstaltung AfD in Göttingen	0	51	19 992

Datum	Ort	Anlass	Festnahmen nach StPO	Kräfte	Gesamtkosten des Einsatzes (gerundet) in Euro
24.08.13	Göttingen	Versammlung „Pro Deutschland“ mit Gegenveranstaltungen in Göttingen	0	735	432 152
31.08.13	Göttingen	Wahlveranstaltung AfD Göttingen	0	90	32 760
29.11.13	Göttingen	Versammlungsrechtlichen Aktion „Schluss mit den Morden - Rassismus bekämpfen - Immer und Überall“ in Göttingen	0	540	1 534 400
24.05.03	Hannover	NPD-Aufzug Innenstadt Hannover „Heimreise statt Einwanderung“,	34	Keine Erfassung	Berechnung aufgrund fehlender Daten nicht möglich
23.10.04	Hannover	Aufzug NPD Südstadt-Innenstadt Hannover, „Sozialabbau, Rentenklaus - nicht mit uns!“	23	Keine Erfassung	Berechnung aufgrund fehlender Daten nicht möglich
31.12.07	Hannover	Gegen Vorratsdatenspeicherung und „Silvesterdemo“	0	145	81 200
12.09.09	Hannover	Aufzug NPD Südstadt Hannover, „Sturmfest und erdverwachsen“	9	2 589	2 018 184
05.03.10	Hannover	Mahnwache „Bündnis gegen Rechts“	0	61	84 448
06.03.10	Hannover	Versammlungsrechtliche Aktionen Kurdistan Volkshaus e. V. und VVN/BdA	6	87	29 232
04.05.10	Hannover	1. Gerichtstermin im AG Hannover i. Z. m. der Boehringer-Gelände-Besetzung, linke Störer bei Gerichtstermin	1	36	10 080
02.02.11	Hannover	Unangemeldete linksmotivierte Versammlung i. Z. m. der Räumung der Liebigstraße in Berlin	0	165	84 448
16.04.11	Hannover	„Antirepressionsdemo“ und „Solidarität mit Sven, Stefan und Tim, für einen konsequenten Antifaschismus“	6	203	46 676
01.05.11	Hannover	Unangemeldete linksmotivierte Versammlung i. Z. m. der 1. Mai Gewerkschaftsdemonstration unter dem Motto „Kampf dem Kapitalismus“	2	80	15 064
06.06.11	Hannover	Hausbesetzung Limmerstraße 98 in Hannover	1	104	30 856
22.06.11	Hannover	Versammlung „Bildungsstreik für bessere Bildung“	1	120	24 934
08.07.11	Hannover	Demonstration gegen das 38. Sommerbiwak 2011	2	102	11 424
28.07.11	Hannover	Antifaschistische Demonstration anlässlich von faschistischen Provokationen/Sachbeschädigungen an Einrichtungen von fortschrittlichen türkischen und kurdischen Kräften i. Z. m. der Sachbeschädigung des Interkulturellen Jugendforums am 17.07.2011	0	44	6 160
12.08.11	Hannover	1. Feldbesetzung in Groß Munzel (Region Hannover), Protest gegen Hähnchenmastanlage	0	44	27 104
12.07.12	Hannover	Versammlungsrechtliche Aktion zum Protest gegen die NPD-Wahlkampf-Sommertour 2012	3	359 und 24 Rufbereitschaft	120 624
04.08.12	Hannover	Antifaschismus / Demonstration gegen zurückgezogene Versammlung „Ein Licht für Deutschlands Zukunft“	4	1 222	401 016

Datum	Ort	Anlass	Festnahmen nach StPO	Kräfte	Gesamtkosten des Einsatzes (gerundet) in Euro
10.08.12	Hannover	Ortsfeste Versammlung mit Infotisch „Nazis die Räume nehmen“	0	7	784
18.08.12	Hannover	Versammlung „Enough is Enough! Nazigewalt entschlossen entgegen-treten!“ in Barsinghausen	0	85	23 940
22.09.12	Hannover	Versammlung „Freiräume in Linden schaffen“	1	30	5 880
17.11.12	Hannover	Nicht angezeigte Versammlung des Vereins „Syrischer Frühling e. V.“	4	44	3 780
10.01.13	Hannover	Gegenkundgebungen zu NPD-Kundgebung im Rahmen der Landtagswahl 2013	9	362	116 536
16.03.13	Hannover	Versammlung/Infostand Kurdistan Volkskhaus e. V./Landfriedensbruch	1	44	4 928
16.03.13	Hannover	Infostand Pro Deutschland/Landfriedensbruch	1	12	336
18.05.13	Hannover	„IMK wegblasen“	3	80	17 920
13.09.13	Hannover	Gegenkundgebung Pro Deutschland Wahlkampfkundgebung i. Z. m. Bundestagswahl 2013	4	386	242 564
21.09.13	Hannover	Fortbewegende Versammlung „Kein Raum für Nazis - Toensberg dicht-machen!“	0	70	14 028
29.11.13	Hannover	Demonstration gegen das Konzert der Musikgruppe „Freiwild“	1	156	62 552
29.03.14	Hannover	Salafisten-Kundgebung Versammlung „Der Schlüssel zum Paradies e. V.“ mit vier Gegenveranstaltungen	1	165 und 14 Rufbereitschaft	52 668
28.01.06	Lüneburg	Versammlungsrechtliche Kundgebung gegen eine von Christian Worch angemeldete Versammlung	3	3 139	ca. 1 950 000
28.01.06	Celle	Versammlungsrechtliche Kundgebung gegen die Versammlung „Worch“ in Lüneburg	1	130	ca. 73 000
14.07.07	Lüneburg	Versammlungsrechtliche Kundgebung gegen eine von Christian Worch angemeldete Versammlung	1	1 627	ca. 1 200 000
24.01.08	Celle	Versammlungsrechtliche Aktion gegen einen Infotisch der NPD	0	130	ca. 73 000
15.02.08	Lüneburg	Spontanversammlung der Antifa gegen den rechten Szeneladen Sternberg - „Temple of Football“	0	54	ca. 6 500
24.06.08	Lüneburg	Versammlungsrechtliche Kundgebung (Abschaffung der Studiengebühren)	3	89	ca. 15 000
20.12.08	Celle	Versammlungsrechtliche Kundgebung gegen eine Veranstaltung auf dem Hof Nahtz	1	130	ca. 73 000
11.04.09	Lüneburg	Versammlungsrechtliche Kundgebung gegen einen Aufzug der rechten Szene	8	2 310	ca. 1 300 000
23.05.09	Lüneburg	Versammlungsrechtliche Kundgebung gegen einen Aufzug der rechten Szene	1	1 743	ca. 680 000
17.08.09	Lüneburg	Versammlungsrechtliche Aktion gegen den Rudolf-Heß-Gedenktag	0	177	ca. 60 000
03.04.10	Buchholz i. d. N.	Versammlungen des bürgerlichen Spektrums sowie der rechtmotivierten Szene in unmittelbarer örtlicher und zeitlicher Nähe	3	1 000	ca. 615 000

Datum	Ort	Anlass	Festnahmen nach StPO	Kräfte	Gesamtkosten des Einsatzes (gerundet) in Euro
24.05.10	Tostedt	Spontanversammlung der Antifa	0	105	ca. 20 000
21.04.11	Dorfmark	Versammlungsrechtliche Kundgebung gegen die Ostertagung des Bundes für Gotterkenntnis	2	58	ca. 20 000
26.06.11	Lübbow	Versammlung gegen Tiermastanlagen	0	55	ca. 17 000
28.06.12	Lüneburg	Versammlungsrechtliche Aktion gegen den Auftritt der Big-Band der Bundeswehr	2	2	Keine
16.01.13	Lüneburg	Versammlungsrechtliche Aktion gegen den Landeswahlkampf der NPD	0	146	ca. 82 000
18.01.13	Celle	Versammlungsrechtliche Aktion nach einer Wahlkampfveranstaltung der NPD	0	94	ca. 24 000
16.02.13	Celle	Versammlungsrechtliche Aktion gegen einen Infotisch eines ortsansässigen Rechten	1	16	ca. 3 000
03.09.05	Oldenburg	NPD-Kundgebung mit anschließendem Aufzug und Gegendemonstrationen	17	3 250	1 885 296
05.07.08	Oldenburg	NPD-Kundgebung mit anschließendem Aufzug und Gegendemonstrationen	3	2 148	1 147 384
15.03.08	Ganderkesee	Demonstration des „Forums gegen Rechts“	0	51	14 280
22.03.08	Oldenburg	Demonstration der Antifa im Rahmen der Ostermärsche	2	225	75 152
01.05.10	Oldenburg	Demonstration des linksautonomen Kommunikationszentrums Alhambra	0	200	94 976
25.10.10	Delmenhorst	Mahnwache der JN anlässlich einer Verfassungsschutzausstellung mit Gegenaktionen der linksgerichteten Szene	0	47	13 160
20.07.11	Oldenburg	Benefizveranstaltung der Big Band der Bundeswehr mit Gegendemonstration der linksgerichteten Szene	0	69	19 544
01.11.11	Oldenburg	Konstituierende Sitzung des Oldenburger Stadtrates mit Beteiligung eines NPD-Mitgliedes mit Gegendemonstration	0	132	49 616
30.04.12	Oldenburg	FrauenLesbenInterTrans-Demo vom linksautonomen Kommunikationszentrum Alhambra unter dem Motto: „Take back the night“	0	39	10 920
01.05.12	Oldenburg	Traditionelle autonome 1. Mai Demonstration des Aktions- und Kommunikationszentrum „Alhambra“	0	256	97 888
06.05.12	Oldenburg	Benefizveranstaltung des Heeresmusikkorps I der Bundeswehr mit Gegendemonstration	0	106	29 680
18.06.12	Oldenburg	Benefizveranstaltung der Big Band der Bundeswehr mit Gegendemonstration	0	131	44 240
14.07.12	Delmenhorst	Kundgebung der NPD mit Gegendemonstrationen	3	46	12 880
14.08.13	Oldenburg	Versammlung der NPD im Rahmen der Deutschlandfahrt zur BT-Wahl 2013 und Gegendemonstration	3	251	63 952

Datum	Ort	Anlass	Festnahmen nach StPO	Kräfte	Gesamtkosten des Einsatzes (gerundet) in Euro
04.10.13	Oldenburg	Gerichtsverhandlung bezüglich der Räumungsklage gegen die Wagenburg und angekündigte öffentlichen Versammlung zum Thema Wagenburg	0	63	12 880
14.03.14	Weyhe	Kundgebung der rechten Szene und Gegendemonstrationen	2	2	52 752
15.11.05	Wittmund	Körperverletzung anlässlich einer Demonstration gegen Flugblattverteilungsaktion der NPD im Landkreis Wittmund und Friesland	Keine weiteren Daten vorhanden		
15.11.08	Esens	Gegendemonstration zu einer DVU-Kundgebung	0	386	289 184
07.03.09	Osnabrück	NPD-Aufzug in Osnabrück mit Gegenveranstaltungen	7	600 eigene, 1 297 Fremdkräfte	1 168 885
03.02.11	Osnabrück	Unbekannte Täter werfen vier Steine (Kopfsteinpflaster) und einen Silvesterböller gegen die Haupteingangstür der Polizeidirektion Osnabrück. Die Tat steht offensichtlich im Zusammenhang mit einer unangemeldeten Solidaritätsdemonstration vom Vorabend	0	9	252
04.06.11	Osnabrück	Auseinandersetzung zwischen Personen der linken und rechten Szene auf dem Rückweg von einer Demonstration in Braunschweig	18	93	10 416
11.01.13	Lingen	Wahlkundgebung der NPD Lingen anlässlich der Landtagswahl 2013 in Niedersachsen mit Gegenveranstaltungen	0	82	18 368
11.01.13	Osnabrück	NPD-Kundgebung	1	171	28 560
12.04.13	Aurich	Demonstration gegen Konzert der Musikgruppe „Freiwild“	5	140	70 672
26.07.13	Lingen	Blockade der Zufahrt zur Brennelementefabrik ANF in Lingen durch Mitglieder eines Antiatomcamps in Metelen (NRW)	0	67	37 408
16.08.13	Osnabrück	NPD-Sommertour	1	136	24 080
22.11.13	Osnabrück	Tierschutzaktion	0	4	560
06.12.13	Osnabrück	NPD Kundgebung während der IMK in Osnabrück	0	105	26 488

Im Rahmen der polizeilichen Einsatzmaßnahmen aus Anlass der Transporte von hoch radioaktiven Abfällen in das Transportbehälterlager Gorleben kam es u. a. auch zu Gewalttätigkeiten vonseiten der linksextremistischen Szene zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und -beamten. Eine differenzierte Betrachtung des personellen und materiellen Aufwandes zur Bewältigung der erforderlichen Einsatzmaßnahmen, denen konkret linksextremistische Gewalttaten zugrunde liegen, ist vor dem Hintergrund der Dimension der jeweiligen Gesamteinsatzlage „Castortransport“ retrograd nicht möglich. Aus diesem Grunde sind die polizeilichen Einsätze aus Anlass der Castortransporte der Jahre 2001 bis 2011 in der o. a. Tabelle nicht berücksichtigt worden.

Zu 21:

Die Prävention im Bereich des Extremismus insgesamt bedarf einer neuen konzeptionellen Planung. Im Rahmen der Neuausrichtung des Niedersächsischen Verfassungsschutzes ist daher die Präventionsarbeit phänomenübergreifend von hoher Bedeutung.

Die Verhütung und Verfolgung der Politisch motivierten Kriminalität, auch der des Linksextremismus, hat eine hohe Priorität innerhalb des polizeilichen Aufgabenspektrums.

Mit Wirkung vom 15.01.2014 wurde im Niedersächsischen Landeskriminalamt die Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität (Präventionsstelle PMK) eingerichtet. Sie ist phänomenübergreifend ausgerichtet und nimmt Koordinierungs-, Service- und konzeptionelle Aufgaben zur präventiven Bekämpfung der PMK, vor allem innerhalb der niedersächsischen Polizei wahr.

Die Präventionsstelle PMK wirkt u. a. bei der Entwicklung, Optimierung und Umsetzung von Konzeptionen zur Prävention bei politisch motivierter Gewaltkriminalität im Phänomenbereich Links sowie an der Aus- und Fortbildung der Polizeiakademie Niedersachsen mit.

Für den Herbst dieses Jahres plant die Präventionsstelle PMK des LKA NI eine phänomenübergreifende Fachtagung, die auch die Linksextremismus-Prävention beinhalten und sich an die zuständigen Fachkommissariate und die Präventionsteams der Polizeiinspektionen richten wird.

Durch die von der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes seit dem Jahr 2012 ins Leben gerufene Projektgruppe „Prävention Politisch motivierter Gewaltkriminalität -links-“ wurden weitere Präventionsmaßnahmen entwickelt. Die Projektgruppe plant eine themenbezogene Darstellung im Internet. Dabei sollen auf der Internetseite www.polizeiberatung.de Inhalte der „Politisch motivierten Kriminalität -links-“ (PMK -links-) analog der bestehenden Rubrik „Rechtsextremismus“ dargestellt werden.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz richtet gegenwärtig seine Präventionsarbeit gegen den Linksextremismus auf der Basis der Erfahrungen der Sicherheitsbehörden und der Zivilgesellschaft neu aus.

Als ersten Schritt hat der Niedersächsische Verfassungsschutz am 09.07.2014 eine Tagung zum „Antisemitismus im extremistischen Spektrum“ durchgeführt, die sich auch mit dem „Antisemitismus im Linksextremismus“ auseinandersetzte. Auf diese Veranstaltung folgt bereits Ende September 2014 ein Streitgespräch zum Linksextremismus in Hannover. Am 16.10.2014 findet dann eine Veranstaltung zum Thema „25 Jahre Mauerfall - Vom Umgang mit der DDR-Geschichte und ihrer Rezeption heute“ in Helmstedt statt, bei der es schwerpunktmäßig um die Rezeption der Teilungsgeschichte im deutschen Linksextremismus geht. Zudem befindet sich eine Publikation zum aktionsorientierten Linksextremismus in Arbeit, deren Erscheinen für den Herbst 2014 geplant ist. Hiermit wird eine Lücke geschlossen. Eine Veröffentlichung zu diesem Themenkomplex ist in den letzten zehn Jahren nicht erfolgt. Des Weiteren wird der Niedersächsische Verfassungsschutz auf Anfrage von Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie der interessierten Öffentlichkeit in Form von Vorträgen über die Entwicklung im Linksextremismus informieren. Zudem sind in Zentren links-extremistischer Aktivitäten künftig gezielte Angebote auch mit lokalen Kooperationspartnern geplant. Dabei wird in der Konzeption die Prävention vor politisch motivierter Gewalt - links in enger Abstimmung mit den zuständigen Polizeibehörden im Vordergrund stehen.

Zu 22:

Das Landeskriminalamt Niedersachsen und der Niedersächsische Verfassungsschutz gehörten der 2010 eingerichteten Koordinierungsgruppe (KG) „PMK-Links“ zur Optimierung der Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität dieses Phänomenbereichs unter Federführung des BKA und unter Beteiligung der LKÄ, der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie des GBA, an. In der entworfenen „Gesamtkonzeption zur Bekämpfung der politisch motivierten Gewaltkriminalität links/des gewaltorientierten Linksextremismus“ vom 15.09.2010 stellte die Koordinierungsgruppe fest, dass die kriminalpolizeiliche Prävention essentieller Bestandteil der polizeilichen Aufgabenstellung ist.

Die Aufgaben der 2013 beendeten Koordinierungsgruppe (KG) „PMK -Links-“ nimmt seither das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum zur Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität -links- (GETZ/L) wahr, dem sowohl das LKA Niedersachsen als auch der Niedersächsische Verfassungsschutz angehören. In diesem Rahmen findet ein intensiver bundesweiter Informationsaustausch mit anderen Sicherheitsbehörden, darunter auch mit Hamburger Behörden, statt.

Zu 23 und 28:

In den zurückliegenden Jahren kam es vor allem in Göttingen immer wieder zu politisch motivierten Straftaten in verschiedensten Begründungszusammenhängen der PMK-Links. Die Palette der verzeichneten Straftaten ist vielseitig, sie reicht von nicht angezeigten Veranstaltungen/Demonstrationen über Farbschmierereien/Sachbeschädigungen und Widerstandshandlungen bis hin zu weiteren bisher unaufgeklärten Brandanschlägen.

Seit dem Jahr 2001 bis heute gab es in Göttingen insgesamt 33 linksmotivierte Brand- und Sprengstoffanschläge. Alle wurden als extremistisch bewertet. Dabei handelt es sich im Einzelnen um folgende Straftatbestände:

Delikt	Anzahl	davon Versuch
Brandstiftung § 306 StGB	24	3
Schwere Brandstiftung § 306 a StGB	4	2
Besonders schwere Brandstiftung § 306 b StGB	1	
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion § 308 StGB	4	1

Unter den angegriffenen Objekten befanden sich öffentliche Einrichtungen wie Verwaltungs-, Polizei-, Justizgebäude, Banken, Dienstfahrzeuge der Landes- und der Bundespolizei sowie Betriebsfahrzeuge der Stadtwerke Göttingen und der Telekom sowie Gebäude von studentischen Verbindungen (Burschenschaften) und Kraftfahrzeuge.

Es handelt sich hierbei um schwerwiegende Straftaten. Aber keines der genannten Delikte wurde seitens der Polizei oder des Verfassungsschutzes als Delikt gemäß § 129 a StGB, d. h. Bildung einer terroristischen Vereinigung, bewertet. Der erwähnte Brandanschlag auf das Burschenschaftsgebäude ereignete sich bereits im Jahr 2011 und ist in der Bewertung der Landesregierung selbstverständlich berücksichtigt.

Der Landesregierung liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Anhaltspunkte für gezielte Anschläge auf das Leben von Personen vor. Merkmale wie verfestigte Strukturen und klare ideologische Zielsetzungen, die auf terroristische Organisationen schließen lassen, sind zurzeit nicht erkennbar. Insofern hält die Landesregierung an der Einschätzung fest, dass trotz hoher Gewaltbereitschaft der linksextremistischen Szene keine Anhaltspunkte für gezielte Anschläge auf Leben von Personen vorliegen. Es muss aber auch künftig davon ausgegangen werden, dass die Gefährdung von Menschen zumindest billigend in Kauf genommen wird.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkungen verwiesen.

Zu 24:

Es gehört nicht zu den Aufgaben der Landesregierung, eine Bewertung der Gefährdungslage in Hamburg vorzunehmen.

Zu 25 bis 27:

Der Linksextremismus hat sich teilweise radikalisiert und ist auch in seiner Aktionschoreografie gewaltbereiter geworden. Zum einen hat das Konfrontationspotenzial zwischen Links- und Rechtsextremisten zugenommen, zum anderen gibt es eine ideologische Radikalisierung auch gegenüber der Polizei, die nicht mehr nur als ein Helfer der staatlichen „Repressionsorgane“ wahrgenommen wird, sondern als einer der Hauptgegner.

Bedenklich ist aber nicht nur die gestiegene Gewaltbereitschaft, sondern auch deren qualitative Ausprägung. Die Bereitschaft unter Linksextremisten, bei gewalttätigen Auseinandersetzungen auch schwerste Verletzungen eines Polizisten oder eines anderen Kontrahenten hinzunehmen oder sogar gezielt herbeizuführen, ist gestiegen.

Diese Radikalisierung kann grundsätzlich keiner bestimmten Gruppierung oder Strömung zugeordnet werden, sondern es handelt sich um Prozesse, die innerhalb des gewaltorientierten autonomen Spektrums stattfinden und die auch zu regelmäßigen, kontrovers ausgetragenen Diskussionen über deren Rechtfertigung führen.

Um auf diese Radikalisierungstendenzen angemessen reagieren zu können, hat die Landesregierung die Präventionsarbeit ihrer Sicherheitsbehörden mit der Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität (Präventionsstelle PMK) beim LKA und dem Teilreferat „Prävention“ beim Verfassungsschutz neu aufgestellt. Ihre Aufgabe besteht darin, neue Präventionskonzepte für die einzelnen Phänomenbereiche und somit auch für die Bekämpfung des Linksextremismus zu entwickeln und umzusetzen. Siehe insofern auch die Antwort auf Frage 11 und 21.

In Vertretung

Stephan Manke

Anlage 1 : Anzahl linksextremistischer Straftaten in den Jahren 2001 – 2013

Landkreis / kreisfreie Stadt	Deliktsqualität / Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt- ergebnis
LK Ammerland	Politisch motivierte Kriminalität		1	1	2	1	2	1	1		1	5	1		16
	Propagandadelikte							1							1
LK Ammerland Ergebnis			1	1	2	1	2	2	1		1	5	1		17
LK Aurich	Gewaltkriminalität	1	1		1						1			3	7
	Politisch motivierte Kriminalität	11	7	2	15	5	10	18	4	6	14	19	4	4	119
	Propagandadelikte		1					1							2
LK Aurich Ergebnis		12	9	2	16	5	10	19	4	6	15	19	4	7	128
LK Celle	Gewaltkriminalität					1	7	4	5	4	12		1	10	44
	Politisch motivierte Kriminalität	3	4	6	15	3	18	15	39	28	32	12	3	14	192
	Propagandadelikte		1		1				1	1			1		5
LK Celle Ergebnis		3	5	6	16	4	25	19	45	33	44	12	5	24	241
LK Cloppenburg	Gewaltkriminalität												1		1
	Politisch motivierte Kriminalität						1	1	1				1		4
	Propagandadelikte				1									1	2
LK Cloppenburg Ergebnis					1		1	1	1				2	1	7
LK Cuxhaven	Gewaltkriminalität							1					1		2
	Politisch motivierte Kriminalität			1		1	2	1	2	1		1	3	2	14
	Propagandadelikte						1						1		2
LK Cuxhaven Ergebnis				1		1	3	2	2	1		1	5	2	18
LK Diepholz	Gewaltkriminalität	1	1												2
	Politisch motivierte Kriminalität	1		3		1	1	3	2		5	2	1	20	39
LK Diepholz Ergebnis		2	1	3		1	1	3	2		5	2	1	20	41
LK Emsland	Gewaltkriminalität			1								1	5	5	12
	Politisch motivierte Kriminalität		1			1	1	2	4	5	4	9	9	5	41
	Propagandadelikte			1			3								4
LK Emsland Ergebnis			1	2		1	4	2	4	5	4	10	14	10	57
LK Friesland	Gewaltkriminalität							1							1
	Politisch motivierte Kriminalität				1			8		5	1	1			16
	Propagandadelikte								1	1					2
LK Friesland Ergebnis					1			9	1	6	1	1			19

Landkreis / kreisfreie Stadt	Deliktsqualität / Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt- ergebnis
LK Gifhorn	Gewaltkriminalität								1			1			2
	Politisch motivierte Kriminalität		1				1	3	6	5	5	7	1	1	30
	Propagandadelikte		1			2						1			4
LK Gifhorn Ergebnis			2			2	1	3	7	5	5	9	1	1	36
LK Goslar	Gewaltkriminalität				1			1				1			3
	Politisch motivierte Kriminalität			6	1			1	1	2	2	6	4	12	35
	Propagandadelikte						1			1					2
LK Goslar Ergebnis				6	2		1	2	1	3	2	7	4	12	40
LK Göttingen	Gewaltkriminalität	42	12	10	13	48	17	12	12	23	11	15	22	27	264
	Politisch motivierte Kriminalität	22	15	11	21	56	100	41	47	109	54	65	58	52	651
	Propagandadelikte			1	2	1		1	1	2	1		1	1	11
LK Göttingen Ergebnis		64	27	22	36	105	117	54	60	134	66	80	81	80	926
LK Grafschaft Bentheim	Gewaltkriminalität						1			1		2			4
	Politisch motivierte Kriminalität					1	5	11	3	11	2	7	1		41
	Propagandadelikte			1			1								2
LK Grafschaft Bentheim Ergebnis				1		1	7	11	3	12	2	9	1		47
LK Hameln-Pyrmont	Gewaltkriminalität											3	4		7
	Politisch motivierte Kriminalität		2	1	3			1	15	1		2	1		26
	Propagandadelikte					1		4							5
LK Hameln-Pyrmont Ergebnis			2	1	3	1		5	15	1		5	5		38
LK Harburg	Gewaltkriminalität					2		1	1	4	7	2	11	7	35
	Politisch motivierte Kriminalität				1	4	6	9	17	24	29	37	19	24	170
	Propagandadelikte	1		1				1		1	1			1	6
	Terrorismus					1									1
LK Harburg Ergebnis		1		1	1	7	6	11	18	29	37	39	30	32	212
LK Heidekreis	Gewaltkriminalität					1		1	4		1	3	1	2	13
	Politisch motivierte Kriminalität				2	2	3	13	25	18	12	16	4	5	100
	Propagandadelikte					2			1						3
LK Heidekreis Ergebnis					2	5	3	14	30	18	13	19	5	7	116

Landkreis / kreisfreie Stadt	Deliktsqualität / Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt- ergebnis
LK Helmstedt	Gewaltkriminalität	1								1					2
	Politisch motivierte Kriminalität									4	2	5			11
	Propagandadelikte		2		1										3
LK Helmstedt Ergebnis		1	2		1					5	2	5			16
LK Hildesheim	Gewaltkriminalität		5	1			2	7			2				17
	Politisch motivierte Kriminalität	3	5			4		16	4	1	10	5	4		52
	Propagandadelikte			1			1	1							3
LK Hildesheim Ergebnis		3	10	2		4	3	24	4	1	12	5	4		72
LK Holzminden	Politisch motivierte Kriminalität		3		1		2	1		2	2				11
	Propagandadelikte						1								1
LK Holzminden Ergebnis			3		1		3	1		2	2				12
LK Leer	Gewaltkriminalität				2					1				1	4
	Politisch motivierte Kriminalität	3						1		4		1	3	3	15
	Propagandadelikte					1	1								2
LK Leer Ergebnis		3			2	1	1	1		5		1	3	4	21
LK Lüchow-Dannenberg	Gewaltkriminalität	26	5	2	4	39	57	13	57	27	88	110	2		430
	Politisch motivierte Kriminalität	12	4	1	8	37	39	9	86	17	118	56	4	4	395
	Propagandadelikte							1			1	1			3
LK Lüchow-Dannenberg Ergebnis		38	9	3	12	76	96	23	143	44	207	167	6	4	828
LK Lüneburg	Gewaltkriminalität	12		13	1	4	17	7	8	21	14	7	2	4	110
	Politisch motivierte Kriminalität	19	14	9	3	35	15	33	31	100	22	20	13	11	325
	Propagandadelikte	1		1	1	2		1				1	1		8
LK Lüneburg Ergebnis		32	14	23	5	41	32	41	39	121	36	28	16	15	443
LK Nienburg	Gewaltkriminalität		2		1	1		1							5
	Politisch motivierte Kriminalität				1	2	2	4	3	1	3	3	1	2	22
	Propagandadelikte												3		3
LK Nienburg Ergebnis			2		2	3	2	5	3	1	3	3	4	2	30
LK Northeim	Gewaltkriminalität			1	2	1	2					3		2	11
	Politisch motivierte Kriminalität				3		6	1		3	6	12	5	2	38
	Propagandadelikte							1		1		1			3

Landkreis / kreisfreie Stadt	Deliktsqualität / Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt- ergebnis
LK Northeim Ergebnis				1	5	1	8	2		4	6	16	5	4	52
LK Oldenburg	Gewaltkriminalität					1			1	1	1				4
	Politisch motivierte Kriminalität	1					2	4	5	7	8	4	3	5	39
LK Oldenburg Ergebnis		1				1	2	4	6	8	9	4	3	5	43
LK Osnabrück	Gewaltkriminalität	1		4	2	2									9
	Politisch motivierte Kriminalität	2	4	3	5		10	3	1	7	4	1	1	1	42
	Propagandadelikte	1		1	2		2	1							7
LK Osnabrück Ergebnis		4	4	8	9	2	12	4	1	7	4	1	1	1	58
LK Osterholz	Gewaltkriminalität	1				1	2	1				1			6
	Politisch motivierte Kriminalität	4				3	3	18	26	5	5	4	3	1	72
	Propagandadelikte							1	1						2
LK Osterholz Ergebnis		5				4	5	20	27	5	5	5	3	1	80
LK Osterode	Gewaltkriminalität					1		1	3					1	6
	Politisch motivierte Kriminalität						4	1	29	11	1	2	1	2	51
LK Osterode Ergebnis						1	4	2	32	11	1	2	1	3	57
LK Peine	Gewaltkriminalität											14			14
	Politisch motivierte Kriminalität							4	2		1	3		1	11
	Propagandadelikte							1							1
LK Peine Ergebnis								5	2		1	17		1	26

Landkreis / kreisfreie Stadt	Deliktsqualität / Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt- ergebnis
LK Rotenburg (Wümme)	Gewaltkriminalität				8		3	1	2	2	2		1		19
	Politisch motivierte Kriminalität	13	1	3	12	8	4	17	13	14	14	8	6	10	123
	Propagandadelikte				1		1				1				3
LK Rotenburg (Wümme) Ergebnis		13	1	3	21	8	8	18	15	16	17	8	7	10	145
Landkreis / kreisfreie Stadt	Deliktsqualität / Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt- ergebnis
LK Schaumburg	Gewaltkriminalität	1		1		9	4	3	3	11	21	11	18	58	140
	Politisch motivierte Kriminalität	3	3		1	11	11	11	29	25	53	51	65	164	427
	Propagandadelikte				1	2	1		2	2	3				11
LK Schaumburg Ergebnis		4	3	1	2	22	16	14	34	38	77	62	83	222	578
LK Stade	Gewaltkriminalität					5	3	2	1		1	1	1		14
	Politisch motivierte Kriminalität		1		3	14	33	5	6	12	7	9	14	1	105
	Propagandadelikte		2		1		2				1				6
LK Stade Ergebnis			3		4	19	38	7	7	12	9	10	15	1	125
LK Uelzen	Gewaltkriminalität	15			1	4	1	1	2			2	1		27
	Politisch motivierte Kriminalität	15				3	1		4	2	7		3		35
LK Uelzen Ergebnis		30			1	7	2	1	6	2	7	2	4		62
LK Vechta	Gewaltkriminalität					1	1		1						3
	Politisch motivierte Kriminalität						1	8	2		3	3	10	8	35
	Propagandadelikte						1	2							3
LK Vechta Ergebnis						1	3	10	3		3	3	10	8	41
LK Verden	Gewaltkriminalität	2	2		2	20	3	2	1	6	3	2		2	45
	Politisch motivierte Kriminalität	2	4	4	24	24	12	8	13	34	19	20	11	12	187
	Propagandadelikte	1		1		15	1	1					1		20
LK Verden Ergebnis		5	6	5	26	59	16	11	14	40	22	22	12	14	252
LK Wesermarsch	Gewaltkriminalität												1		1
	Politisch motivierte Kriminalität					1				1		1	7	4	14
LK Wesermarsch Ergebnis						1				1		1	8	4	15

Landkreis / kreisfreie Stadt	Deliktsqualität / Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt- ergebnis
LK Wittmund	Gewaltkriminalität				2			2							4
	Politisch motivierte Kriminalität		15	7		3		4	4			3	2		38
	Propagandadelikte		2								1				3
LK Wittmund Ergebnis			17	7	2	3		6	4		1	3	2		45
LK Wolfenbüttel	Gewaltkriminalität						1		1	2					4
	Politisch motivierte Kriminalität		1	1		6	4	3	3	5	1	3		4	31
	Propagandadelikte					2									2
LK Wolfenbüttel Ergebnis			1	1		8	5	3	4	7	1	3		4	37
Region Hannover (ohne Stadt Hannover)	Gewaltkriminalität	1	4	3	1	3		8	2	5	3	1	8	2	41
	Politisch motivierte Kriminalität	3	10	8	1	8	17	12	10	10	6	13	5	15	118
	Propagandadelikte			1		1	5				1			1	9
Region Hannover Ergebnis		4	14	12	2	12	22	20	12	15	10	14	13	18	168
Stadt Braunschweig	Gewaltkriminalität	4	1	10		24	2		1	2	3	9	4	8	68
	Politisch motivierte Kriminalität	6	5	33	12	25	21	18	33	19	54	20	22	19	287
	Propagandadelikte					1	1				1				3
Stadt Braunschweig Ergebnis		10	6	43	12	50	24	18	34	21	58	29	26	27	358
Stadt Delmenhorst	Gewaltkriminalität		3				1	1	1	3	6		3	1	19
	Politisch motivierte Kriminalität	16	2	1	1	1	3	5	10	12	23	6	1		81
	Propagandadelikte							1	1				1		3
Stadt Delmenhorst Ergebnis		16	5	1	1	1	4	7	12	15	29	6	5	1	103
Stadt Emden	Gewaltkriminalität					1								1	2
	Politisch motivierte Kriminalität							6		5	1		2		14
Stadt Emden Ergebnis						1		6		5	1		2	1	16
Stadt Hannover	Gewaltkriminalität	2		42	13	4	12	11	16	25	3	17	25	17	187
	Politisch motivierte Kriminalität	9	4	21	29	5	21	57	45	68	39	42	26	82	448
	Propagandadelikte			1		1	1		1	4	1				9
Stadt Hannover Ergebnis		11	4	64	42	10	34	68	62	97	43	59	51	99	644

Landkreis / kreisfreie Stadt	Deliktsqualität / Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt- ergebnis
Stadt Oldenburg	Gewaltkriminalität	16	5		2	16	2		15	6		5	13	5	85
	Politisch motivierte Kriminalität	30	21	3	7	21	4	10	25	9	16	30	12	15	203
	Propagandadelikte	1	1	1	3			1							7
Stadt Oldenburg Ergebnis		47	27	4	12	37	6	11	40	15	16	35	25	20	295
Stadt Osnabrück	Gewaltkriminalität		1	1	14		1	14		16		2	1	3	53
	Politisch motivierte Kriminalität	2	1	3	37	5	2	4		9	8	14	8	1	94
	Propagandadelikte				1		3	3		1	1		1	1	11
Stadt Osnabrück Ergebnis		2	2	4	52	5	6	21		26	9	16	10	5	158
Stadt Salzgitter	Gewaltkriminalität			2				1							3
	Politisch motivierte Kriminalität				1		2	3		3	1				10
	Propagandadelikte							1							1
Stadt Salzgitter Ergebnis				2	1		2	5		3	1				14
Stadt Wilhelmshaven	Gewaltkriminalität				9	1				1	2	1			14
	Politisch motivierte Kriminalität		2	3	6	3	4		1	5	3	3			30
	Propagandadelikte					1	2								3
Stadt Wilhelmshaven Ergebnis			2	3	15	5	6		1	6	5	4			47
Stadt Wolfsburg	Gewaltkriminalität	1				1				1				14	17
	Politisch motivierte Kriminalität	1		1			1	7	4	5				21	40
	Propagandadelikte						1								1
Stadt Wolfsburg Ergebnis		2		1		1	2	7	4	6				35	58
Gesamtergebnis		313	183	234	310	518	543	522	703	792	792	749	478	705	6842